

Klare Zeichen für mehr Klimaschutz im Land setzen

Forderungskatalog zur Landtagswahl 2026 der Verbände VWU, DGS und LSE für mehr Klimaschutz

Der Klimawandel ist ein physikalisches Ereignis, das nicht durch Ignorieren, Verdrängen oder Leugnen gelöst werden kann. Helfen kann nur eine engagierte Klimaschutzpolitik. Im Land ist ein Temperaturanstieg von 1,8 Grad zu verzeichnen. In sensiblen Regionen wie dem Naturraum Pfälzerwald sind seit 1881 bereits 2,0 Grad Temperaturanstieg festgestellt worden. Einhergehend mit der Zunahme der Sommertage und einer Abnahme der Frosttage wird ein erheblicher Druck auf die Biodiversität und die Naturräume des Landes erwartet. Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel reichen alleine nicht aus. Der renommierte Klimaforscher Ottmar Edenhofer vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung betonte, dass die Schäden des Klimawandels sechsmal höher werden als die Kosten für den Klimaschutz. Eines der drängendsten Probleme unserer Zeit ist die Wohlstandszerstörung, die der menschengemachten Klimawandel jedes Jahr und immer schlimmer verursacht.

Sonnenenergie

Die großangelegte Metastudie der Initiative Südpfalz-Energie (ISE) geht von einem Zubau von 3.400 MW Leistung pro Jahr aus, um den notwendigen Anteil der Solarenergie am Energiemix bis 2040 zur Verfügung zu stellen. Das selbstgesteckte Ziel der Landesregierung im Koalitionsvertrag 2021-2025 mit 500 MW Leistung pro Jahr wurde übertroffen, erreichte aber nicht den notwendigen Ausbaugrad der Solarenergie für die Energiewende nach der ISE-Metastudie, sondern lediglich ca. 20 Prozent. Deshalb fordern wir:

- Das Land muss ein grundsätzliches Recht auf die Installierung von Solaranlagen, verbunden mit einem Recht auf Anschluss an das öffentliche Netz in einer Überarbeitung des Landessolargesetzes formulieren.
- Es müssen mehr Anreize gesetzt werden, damit auf allen Dächern Photovoltaikanlagen installiert werden. Zudem benötigen wir Anreize, Dächer grundsätzlich vollständig zu belegen.
- Das Land muss sich dafür einsetzen, dass bei kleineren PV Anlagen unter 30 kWp die Einspeisevergütung bestehen bleibt und keine Netzentgelte erhoben werden.
- Weitere PV-Freiflächenanlagen sind erforderlich. Sie haben überaus positive Effekte auf die Erholung des Bodens und auf die Biodiversität. Sie sollen deshalb vorrangig genehmigt werden.
- Rheinland-Pfalz ist aufgrund seiner landwirtschaftlichen Struktur mit vielen Sonderkulturen geradezu prädestiniert, eine Doppelnutzung der Fläche durch Agri-PV zu generieren. Hierzu bedarf es einer gezielten Unterstützung und Beratung der Landwirte.
- Nach Schätzungen des Landesverbands Solarenergie in Rheinland-Pfalz gibt es 2-3 Mio. Parkplätze im Bundesland. Das sind versiegelte Fläche mit enormem Potenzial für aufgeständerte Solaranlagen. Das Landessolargesetz muss modernisiert werden, damit auf bereits versiegelten Flächen mehr Solaranlagen gebaut werden.
- KfW, ISB und andere Finanzdienstleister sollen zinslose bzw. zinsgünstige Darlehen für den Bau von privaten Photovoltaikanlagen einführen.

Entbürokratisierung, Teilhabe & Technologiefreundlichkeit

Immer wieder wird die Transformation mit dem Schlagwort Technologieoffenheit ausgebremst. Dieses Argument wird allerdings fast ausschließlich genutzt, um alte, klimaschädliche Technologien weiterbetreiben zu können. Alternativen sind längst bekannt und stehen zur Verfügung. Wir benötigen Technologieklarheit statt falsch verstandener „Technologieoffenheit“.

- ◆ Mehr Entbürokratisierungen durchsetzen, heißt z.B. technische Normen für Zählerschränke, online Archive für Modulspezifikationen, einheitliche online Formulare für Netzbetreiber.
- ◆ Für Netzanschlussverfahren sollen verbindliche Fristen, klar definierte Bearbeitungsstandards sowie eine digitale Antragstellung festgelegt werden.
- ◆ Im Baugesetzbuch (BauGB) soll eine baurechtliche Privilegierung für Projekte eingeführt werden, bei denen wie bei der Agri-Photovoltaik die hauptsächliche Nutzung der Fläche beibehalten wird.
- ◆ Ein Beteiligungsgesetz muss Kommunen unterstützen, damit sie von erneuerbaren Energieanlagen profitieren können.
- ◆ Vorrang für Erneuerbare Energien müssen in Landes- und Regionalplänen eindeutig festgelegt werden. Der LEP 5 muss eindeutig und vorrangig auf die Energiewende im Land ausgerichtet werden.
- ◆ Intelligente Messsysteme wurden bereits in ganz Europa ausgerollt. Allein Deutschland hinkt bei der Installation von Smart Meter hinterher. Das muss sich schnell ändern, da durch Lastverschiebung und Lastspitzenkappung mit großen Stromspeichern ein bedeutsames Reservepotenzial gehoben werden kann.
- ◆ Verteilernetzbetreiber müssen ihre Netze möglichst vorauseilend zum EE-Ausbau bedarfsgerecht ertüchtigen, um auf der Erzeugungsseite die notwendigen PV-Anlagen, Windparks und Stromspeicher sowie auf der Verbraucherseite Wärmepumpen und E-Autos.

Energie- & Wärmespeicher, Wallboxen

- Die Speicher von Hauskraftwerken, aber auch Speicher in E-Autos, haben ein großes Energiepotenzial für den Tag-Nacht-Ausgleich und können damit netzdienlich eingesetzt werden. Bidirektionales Laden bei Elektroautos muss unterstützt werden, um Geschäftsmodelle für eine Stromspeicherung und Netzdienlichkeit zu initiieren.
- Energiespeicher müssen im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) eindeutig als im öffentlichen Interesse verankert werden.
- Große PV- und Windkraftparks müssen mit Speicheranlagen komplettiert werden, um die Erzeugungsspitzen zu kappen.
- Wir benötigen in Rheinland-Pfalz Planungen, Investitionen und Forschungsvorhaben, um eine großflächige Konversion vorhandener Infrastruktur (Gasbehälter, Öltanks, Betonkuben, etc.) bei mittelständischen Unternehmen für Sand-, Eis- oder Salzspeicher für Energie und Wärme vorzusehen.

Transformation im Betrieb

Der Mittelstandsbericht der Landesregierung spricht von 157.000 kleinen und mittelständischen Betrieben in Rheinland-Pfalz. Ein spezielles Augenmerk auf die Transformation dieser Betriebe ist in der Landepolitik nicht zu erkennen. Das muss sich ändern.

- Erneuerbare Energieversorgung für Klein- und mittelständische Betriebe fördern!
- Die Aufgaben und Mittelstruktur der Energie- und Klimaschutzagentur RLP auf die Beratung und Unterstützung von Klein- und mittelständischen Betrieben ausweiten.
- Crowdinvesting (Schwarmfinanzierungen), Contracting-Modelle oder zinsgünstige Investitionskredite mobilisiert privates Kapital für kleine und mittelständische Unternehmen in Rheinland-Pfalz.
- Die landeseigene ISB sollte stärker in Finanzierungsmodelle für die Energiewende in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft eingebunden werden.

Mehr Energiewende wagen

Mehr Windräder fördern, Entbürokratisierung und Hemmnisse für Windvorrangflächen abschaffen. Um die Energiewendeziele für RLP zu erreichen, hat die Landesregierung eine Zubaurate bei Windkraftleistung von 500 MW pro Jahr vorgesehen. Diese Ausbauziele für Windenergie wurden verfehlt. Es wurden im Zeitraum 2021-2025 lt. Marktstammdatenregister nur 20 Prozent zugebaut. Es bedarf deshalb besonderer Anstrengung beim Windkraftausbau, damit die Energiewendeziele in RLP erreicht werden!

- 43 Prozent der Landesfläche besteht aus Waldgebieten. Bedingt durch den Klimawandel ist der Wald keine Kohlenstoffsенke mehr, sondern wird immer mehr zu einer weiteren Quelle der CO₂-Belastung in der Atmosphäre. Die Errichtung von Windrädern auf großflächigen Schadflächen im Wald, die Änderungen der Pfälzerwald Verordnung, damit auf waldfreien Flächen und entlang von Autobahnen Windräder errichtet werden können, muss erfolgen.
- Biogasanlagen flexibilisieren, Biogasspeicher örtlich bei Erzeugern fördern. Biogas-Kraftwerke werden heute oftmals noch als Grundlast-Kraftwerke betrieben. Dabei ist die Kapazität der Biogaserzeugung in Deutschland ausreichend, um sie als Residuallast-Kraftwerke zu betreiben und in Dunkelflautenzeiten Versorgungssicherheit zu gewähren. Kein Erdgaskraftwerk in RLP vorsehen oder genehmigen. Anreize und Möglichkeiten des Weiterbetriebes für ältere (Ü20) Anlagen schaffen.
- Der Sektor Verkehr reißt schon seit Jahren die CO₂-Emissionsobergrenzen beim Monitoring des Klimaschutzgesetzes von Deutschland! Deshalb ist der beschleunigte Ausbau der eMobilität von großer Bedeutung! Voraussetzung dazu ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur! Laut Statistischem Bundesamt von 08/2025 liegt sie in RLP für E-Fahrzeuge mit 166 Ladepunkten/100.000 Einwohnern im unteren Mittelfeld. Wir fordern deshalb den beschleunigten Ausbau der Ladeinfrastruktur in RLP! Hierzu gehört auch das bi-direktionale Laden von E-Autos (V2H/G). Wir fordern darüber hinaus eine Vereinfachung und Vereinheitlichung bei Ladungen und Kosten.
- Rheinland-Pfalz ist ein agrar- und forstwirtschaftliches Land. Landwirten fossile und klimaschädliche Subventionen (Stichwort Agrardiesel) zu gewähren und Klimaschäden in der Landwirtschaft anschließend zu regulieren, ist anachronistisch. Das Land muss sich für ein System ohne klimaschädliche Subventionen und einem landwirtschaftlichen Fonds aus einer höheren CO₂-Bepreisung für klimaneutrale Investitionen einsetzen.
- Positive Zeichen für das beginnende Solarzeitalter setzen! Bürgerinnen und Bürger können inzwischen auf eine Vielzahl von neuen Produkten zurückgreifen, neben PV Dachanlagen auch auf Solarzäune, Balkonkraftwerke, GartenPV-Lösungen, Fassadenanlagen, Solarcarports u.v.m. Die Kommunen können ihre Daseinsvorsorge ergänzen mit kalten Wärmenetzen, neuartigen Solarbelagen für Straßen und Radwege. Zur Verschönerung von Plätzen oder Eh-da-Ecken bieten sich Solar- oder Windbäume, Solarblumen sowie PV Dächer über Radwegen oder Schulhöfen an.
- Rheinland-Pfalz kann für den heimischen und den europäischen Markt klimaneutrales Lithium gewinnen, um so einen Beitrag zur Unabhängigkeit von Ressourcen zu leisten. Lithiumbatterien sind nicht nur in Elektroautos, sondern auch vor allem in Akkus für elektronische Geräte, Laptops, Smartphones oder Tablets. Da die Lithiumgewinnung aus der Tiefengeothermie extrahiert wird, ist gleichzeitig ein Energie- und Wärmepotential für Nah- und Fernwärmeprojekte vorhanden. Insbesondere die notwendige Wärmewende kann stark von der heimischen Ressource im Oberrheingraben profitieren.

f.d.R. zeichnen



Guido Dahm
Vorstandsmitglied VWU



Wolfgang Müller
Vorstandssprecher LSE



Wolfgang Thiel
Stellv. Sprecher LSE

Hans Biehler
Sprecher DGS Sektion RP

LSE, Solarparkstr. 1, 67435 Neustadt a.d.W., Tel. 0173-6550589, Mail: info@rheinland-pfalz-solar.de
VWU, Hauptstr. 21, 67280 Ebertsheim, Tel. 0171-8330385, Mail: geschaeftsstelle@vwu-rlp.de
DGS, Danziger Str. 31, 76887 Bad Bergzabern, Tel. 0171-7102132, hbiehler@t-online.de